

# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b> .....	19
A. Problemstellung .....	19
B. Ziel der Arbeit .....	22
C. Gang der Untersuchung .....	23

## *1. Teil*

<b>Einführung in unternehmensinterne Untersuchungen</b>	26
A. Einordnung unternehmensinterner Untersuchungen in die Begriffssystematik .....	26
B. Verpflichtung zur Sachverhaltsaufklärung? .....	30
C. Aufklärungsmethoden .....	41
D. Zwischenfazit .....	43

## *2. Teil*

<b>Sachverhaltsaufklärung</b>	44
-------------------------------	----

### *1. Kapitel*

<b>Sachverhaltsaufklärung durch Sichtung von Beobachtungsdaten</b>	46
A. Grundrechtsrelevanz der Sachverhaltsaufklärung .....	47
B. Pflichten der Arbeitsvertragsparteien bei der Sachverhaltsaufklärung mithilfe von Beobachtungsdaten .....	59

### *2. Kapitel*

<b>Sachverhaltsaufklärung durch Arbeitnehmerbefragungen</b>	88
A. Pflichten der Arbeitsvertragsparteien in der Befragungssituation jenseits der Selbstbelastung .....	88
B. Der Grundsatz der Selbstbelastungsfreiheit – Hintergrund, Inhalt und Reichweite ...	110
C. Die Selbstbelastung des Arbeitnehmers in der Befragungssituation .....	157

*3. Teil*

<b>Reaktion des Arbeitgebers auf Untersuchungsergebnisse</b>	207
A. Pflicht des Arbeitgebers zu einer (bestimmten) Reaktion? . . . . .	207
B. Typische Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitgebers . . . . .	219
C. Fazit . . . . .	241

*4. Teil*

<b>Arbeitsgerichtliche Überprüfung der Arbeitgebermaßnahme</b>	243
--	-----

*1. Kapitel*

<b>Überprüfung einer auf Beobachtungsergebnisse gestützten Arbeitgebermaßnahme</b>	245
A. Die prozessuale Verwertung bei datenschutzrechtlichen Verstößen des Arbeitgebers .	245
B. Die prozessuale Verwertung bei Verstößen des Arbeitgebers gegen Mitbestimmungsrechte . . . . .	258

*2. Kapitel*

<b>Überprüfung einer auf Befragungsinhalte gestützten Arbeitgebermaßnahme</b>	264
A. Die prozessuale Verwertung bei Pflichtverstößen des Arbeitgebers . . . . .	264
B. Die prozessuale Verwertung als Problem der Selbstbelastung . . . . .	269
C. Die prozessuale Verwertung als allgemeines Problem der Darlegungs- und Beweislastverteilung jenseits der Selbstbelastung . . . . .	273
<b>Schlussbetrachtung</b> . . . . .	302
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	307
<b>Sachwortverzeichnis</b> . . . . .	332

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	19
A. Problemstellung .....	19
B. Ziel der Arbeit .....	22
C. Gang der Untersuchung .....	23

## *1. Teil*

<b>Einführung in unternehmensinterne Untersuchungen</b> .....	26
A. Einordnung unternehmensinterner Untersuchungen in die Begriffssystematik .....	26
I. Begrifflichkeit der unternehmensinternen Untersuchung .....	26
II. Unternehmensinterne Untersuchungen und Corporate Governance/Compliance .....	28
B. Verpflichtung zur Sachverhaltsaufklärung? .....	30
I. Rechtslage in Deutschland .....	30
1. Ausdrückliche Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung .....	31
2. Mittelbare Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung .....	31
a) Gesellschaftsrecht .....	32
b) Recht der Ordnungswidrigkeiten .....	35
c) Gesetzesentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft“ .....	37
3. Zwischenfazit .....	38
II. Rechtslage in ausgewählten anderen Rechtssystemen .....	38
III. Zwischenergebnis .....	41
C. Aufklärungsmethoden .....	41
D. Zwischenfazit .....	43

## 2. Teil

**Sachverhaltsaufklärung**

44

## 1. Kapitel

**Sachverhaltsaufklärung durch Sichtung von Beobachtungsdaten** 46

A. Grundrechtsrelevanz der Sachverhaltsaufklärung .....	47
I. Konfliktsituation: Grundrechtliche Gemengelage .....	47
II. Lösung der grundrechtlichen Gemengelage bei Ermittlungsmaßnahmen .....	50
1. Schutzverwirklichung über Schutz(gebots)funktion der Grundrechte .....	51
a) Schutzverwirklichung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts .....	51
b) Schutzverwirklichung der Telekommunikationsfreiheit .....	53
2. Besondere Anforderungen an die Schutzverwirklichung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch EGMR-Rechtsprechung? .....	56
a) Entscheidung Bărbulescu/Rumänien .....	56
b) Konformität der Erlaubnisnormen des Bundesdatenschutzgesetzes mit den Rechtsprechungsanforderungen? .....	57
3. Zwischenfazit .....	58
B. Pflichten der Arbeitsvertragsparteien bei der Sachverhaltsaufklärung mithilfe von Beobachtungsdaten .....	59
I. Pflichten des Arbeitnehmers .....	59
II. Pflichten des Arbeitgebers .....	59
1. Datenschutzrechtliche Vorgaben .....	59
a) Einordnung repressiver Ermittlungsmaßnahmen in § 26 I BDSG .....	60
aa) Repressive Maßnahmen zur Aufdeckung von Straftaten .....	60
bb) Repressive Maßnahmen zur Aufdeckung von Pflichtverletzungen .....	61
cc) Ausnahmslose Anwendung der Voraussetzungen des § 26 I 2 BDSG bei repressiven Ermittlungsmaßnahmen? .....	63
dd) Zwischenfazit .....	66
b) Zulässigkeitsanforderungen an einzelne Überwachungsmaßnahmen ...	66
aa) Videoüberwachung .....	66
(1) Anforderungen aus § 26 I BDSG .....	66
(2) Besondere Regelung der Videoüberwachung von Arbeitnehmern in § 4 BDSG n. F.? .....	67
(3) Generelle Unzulässigkeit verdeckter (Video)überwachung? ....	69
(4) Ergebnis zu den Zulässigkeitsanforderungen an die Videoüber- wachung .....	72
bb) E-Mail-Überwachung .....	72
(1) Beschränkung der Nutzung auf dienstliche Nutzungserlaubnis .....	73

(2) Erlaubte Privatnutzung: Ruhende E-Mails .....	74
(3) Erlaubte Privatnutzung jenseits ruhender E-Mails .....	75
(a) Ermittlungsmöglichkeiten nach Telekommunikationsgesetz .....	76
(b) Ermittlungsmöglichkeiten nach Bundesdatenschutzgesetz .....	78
(c) Stellungnahme .....	78
(4) Ergebnis zu den Zulässigkeitsanforderungen an die E-Mail-Überwachung .....	81
cc) Sonstiges Arbeitnehmerverhalten im digitalen Umfeld .....	81
dd) Telefonüberwachung .....	83
c) Ergebnis zu den datenschutzrechtlichen Vorgaben .....	85
2. Betriebsverfassungsrechtliche Vorgaben .....	85

## 2. Kapitel

<b>Sachverhaltsaufklärung durch Arbeitnehmerbefragungen</b> .....	<b>88</b>
A. Pflichten der Arbeitsvertragsparteien in der Befragungssituation jenseits der Selbstbelastung .....	88
I. Pflichten des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber .....	88
1. Teilnahmepflicht .....	88
2. Auskunftspflichten .....	89
a) Auskunft als vertraglich geschuldete Tätigkeit (Sonderfall) .....	89
b) Keine gesonderte Auskunftsvereinbarung .....	90
aa) Auskunftspflichten bezüglich des unmittelbaren Arbeitsbereichs ...	90
(1) Auskunftspflicht aus § 106 GewO .....	90
(2) Auskunftspflicht aus § 666 Var. 2, 675 BGB analog .....	91
(3) Stellungnahme .....	92
bb) Auskunftspflichten bezüglich des mittelbaren Arbeitsbereichs ....	94
(1) Auskunftspflicht als rücksichtsbezogene Auskunftspflicht, § 241 II BGB .....	94
(2) Auskunftspflicht aus § 242 BGB (Allgemeiner zivilrechtlicher Auskunftsanspruch) .....	94
(3) Auskunftspflichten aus § 242 BGB neben dem allgemeinen zivilrechtlichen Auskunftsanspruch? .....	96
(4) Stellungnahme .....	97
cc) Zwischenergebnis .....	98
c) Rückschluss auf die Teilnahmepflicht .....	98
II. Pflichten des Arbeitnehmers gegenüber Dritten? .....	99
III. Pflichten des Arbeitgebers .....	101
1. Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben .....	101
2. Ermöglichung anwaltlichen Beistands .....	102

3. Ermöglichung betriebsrätlichen Beistands .....	106
4. Beachtung betrieblicher Mitbestimmung und Informationspflichten .....	107
IV. Zwischenfazit .....	110
B. Der Grundsatz der Selbstbelastungsfreiheit – Hintergrund, Inhalt und Reichweite ...	110
I. Anhaltspunkte zum Verständnis von Inhalt und Reichweite der Selbstbelastungs- freiheit .....	111
1. Begrifflichkeiten .....	111
a) Nemo tenetur se ipsum prodere/accusare .....	111
b) Nemo tenetur edere contra se .....	113
c) Zwischenfazit .....	115
2. Verfassungsrechtliche Verankerungen .....	115
a) Rechtsstaatsprinzip .....	115
b) Allgemeines Persönlichkeitsrecht .....	116
c) Stellungnahme .....	117
II. Entwicklung von Inhalt und Reichweite der Selbstbelastungsfreiheit .....	118
1. Problematik der Reichweitenbestimmung .....	119
2. Schutzbereich der Selbstbelastungsfreiheit im Zusammenhang mit Aus- kunftspflichten .....	123
a) These: Begrenzung des Schutzbereichs in Auskunftssituationen auf Selbstbelastung durch gesetzlich vorgeschriebene, erzwingbare Aus- kunftspflichten .....	123
aa) Thesenentwicklung anhand der Rechtsprechung des Bundesverfas- sungsgerichts .....	123
bb) Bestätigung der These durch Gesetzgebung .....	125
(1) Verdeutlichung der Schutzbereichseröffnung durch Normierung von Auskunftsverweigerungsrechten .....	126
(2) Verdeutlichung der Schutzbereichseröffnung durch Normierung von Beweisverwertungsverböten .....	127
(3) Zwischenfazit .....	129
cc) Bestätigung der These durch fachgerichtliche Rechtsprechung ...	130
dd) Zwischenfazit .....	131
b) Klarstellung: Keine Schutzbereichsbeschränkung auf staatlichen Aus- kunftsberechtigten .....	133
c) Klarstellung: Keine Schutzbereichsbeschränkung auf belastende Aus- künfte, die Fehlverhalten im Bereich der Privatsphäre betreffen .....	135
d) Konkretisierung: Selbstbezeichnung mit Straftat oder auch Pflichtver- letzung? .....	137
aa) Schutz vor strafrechtlichen Konsequenzen .....	137
bb) Schutz vor anderweitiger pöner, staatlicher Reaktion .....	138
cc) Schutz vor pöner, auch nichtstaatlicher Sanktion .....	139
dd) Stellungnahme .....	140

e) Ergebnis .....	142
3. Eingriff .....	142
4. Rechtfertigung .....	142
a) These: Eine Auskunftspflicht besteht in Abhängigkeit des Rechtferti- gungsdrucks nach Art des Informationsinteresses .....	143
aa) Thesenentwicklung anhand der Rechtsprechung des Bundesverfas- sungsgerichts .....	143
bb) Bestätigung der These durch Gesetzgebung .....	144
(1) Selbstbelastungsgefahr und staatliches Informationsinteresse ..	144
(2) Selbstbelastungsgefahr und privates Informationsinteresse ....	147
cc) Bestätigung der These durch fachgerichtliche Rechtsprechung ....	148
(1) Selbstbelastungsfreiheit und staatliches Informationsinteresse	148
(2) Selbstbelastungsfreiheit und privates Informationsinteresse ....	149
dd) Zwischenergebnis .....	150
b) These: Eine aufgrund privaten Auskunftsinteresses bestehende Aus- kunftspflicht ist bei Umgehungs- und Zweckentfremdungsgefahr um ein Beweisverwertungsverbot zu ergänzen .....	151
aa) Thesenentwicklung; Rechtsprechung des Bundesverfassungsge- richts .....	151
bb) Bestätigung der These durch Gesetzgebung .....	153
cc) Bestätigung der These durch fachgerichtliche Rechtsprechung ....	155
dd) Zwischenergebnis .....	156
c) Ergebnis zur Rechtfertigung .....	156
5. Fazit .....	157
C. Die Selbstbelastung des Arbeitnehmers in der Befragungssituation .....	157
I. Selbstbeziehung mit einer Straftat in der Auskunftssituation .....	157
1. Beispielsüberlegungen zu möglichen Straftaten .....	157
2. Meinungsspektrum zur Auskunftspflicht des Arbeitnehmers bei Selbstbe- ziehung mit einer Straftat .....	160
a) Auskunftspflichten hinsichtlich des unmittelbaren Arbeitsbereichs ....	160
b) Auskunftspflichten hinsichtlich des mittelbaren Arbeitsbereichs ....	163
3. Lösung für die Auskunftspflichten aus § 666 Var. 2, 675 BGB analog und § 242 BGB nach gewonnenen Ergebnissen .....	164
a) Schutzbereich .....	164
aa) Vorliegen von gesetzlich vorgeschriebenen Auskunftspflichten? ...	164
bb) Erzwingbarkeit .....	170
cc) Ergebnis zum Schutzbereich .....	171
b) Eingriff .....	171
c) Rechtfertigung .....	171
aa) Bestimmung des Rechtfertigungsmaßstabs .....	172
bb) Legitimer Zweck der Auskunftspflichten .....	172

cc) Geeignetheit der Auskunftspflichten .....	174
dd) Erforderlichkeit der Auskunftspflichten .....	174
ee) Angemessenheit der Auskunftspflicht .....	175
(1) Auskunftspflicht hinsichtlich des unmittelbaren Arbeitsbereichs	176
(2) Auskunftspflicht hinsichtlich des mittelbaren Arbeitsbereichs	179
ff) Zwischenergebnis zur Rechtfertigung .....	181
d) Ergebnis .....	181
4. Lösung für die Auskunftspflicht über Weisungsrecht .....	182
II. Selbstbeziehung mit einer Pflichtverletzung in der Auskunftssituation .....	183
1. Auffassungsspektrum zu den Mitwirkungspflichten des Arbeitnehmers bei Einräumung einer arbeitsvertraglichen Pflichtverletzung .....	183
a) Auskunftspflicht hinsichtlich des unmittelbaren Arbeitsbereichs .....	184
b) Auskunftspflicht hinsichtlich des mittelbaren Arbeitsbereichs .....	185
2. Lösung für die Auskunftspflichten aus § 666 Var. 2, 675 BGB analog und § 242 BGB nach gewonnenen Ergebnissen .....	185
a) Schutzbereich .....	186
aa) Drohende pönale Konsequenzen im Arbeitsverhältnis? .....	186
bb) Insbesondere: Kündigung als drohende pönale Konsequenz? .....	188
cc) Zwischenergebnis .....	189
b) Eingriff .....	189
c) Rechtfertigung .....	189
aa) Legitimer Zweck .....	189
bb) Geeignetheit .....	189
cc) Erforderlichkeit .....	190
dd) Angemessenheit .....	190
(1) Auskunftspflicht hinsichtlich des unmittelbaren Arbeitsbereichs	191
(2) Auskunftspflicht hinsichtlich des mittelbaren Arbeitsbereichs	193
d) Ergebnis .....	194
III. Fazit zur Auskunftspflicht des Arbeitnehmers in der Befragungssituation .....	194
IV. Ergebnisvereinbarkeit mit Verdachtskündigung? .....	195
1. Generelle Entbehrlichkeit der Verdachtskündigung infolge der Auskunfts- pflicht? .....	195
2. Widerspruch zwischen unterschiedlich ausgestalteten Mitwirkungspflich- ten? .....	196
a) Problemendarstellung .....	197
b) Widerspruchsfreiheit zwischen Schweigerecht und Auskunftspflicht ...	197
c) Ergebnis .....	199
3. Widerspruch bei Schweigen als Kündigungsgrund? .....	199
a) Problemendarstellung .....	199
b) Anpassung der Kündigungsvoraussetzungen als Problemlösung .....	202
c) Ergebnis .....	204



4. Ergebnis zur Friktion mit Verdachtskündigung .....	204
V. Ergebnisvereinbarkeit mit Beweislastregeln? .....	205

### 3. Teil

<b>Reaktion des Arbeitgebers auf Untersuchungsergebnisse</b> .....	207
A. Pflicht des Arbeitgebers zu einer (bestimmten) Reaktion? .....	207
I. Gesellschaftsrechtliche Legalitätskontrollpflicht .....	208
1. Inhaltliche Vorgaben für Maßnahmen des Arbeitgebers .....	209
a) Grundsätzliche Reaktionspflicht .....	209
b) Pflicht zur Ergreifung bestimmter Maßnahmen? .....	209
c) Konfliktsituation zwischen gesellschaftsrechtlichem Müssen und ar-	
beitsrechtlichem Dürfen? .....	210
2. Ergebnis .....	211
II. § 125 GWB .....	212
1. Inhaltliche Vorgaben für Maßnahmen des Arbeitgebers .....	212
a) Grundsätzliche Reaktionspflicht .....	212
b) Pflicht zur Ergreifung bestimmter Maßnahmen? .....	212
2. Konfliktsituation zwischen vergaberechtlichem Müssen und arbeitsrechts-	
rechtlichem Dürfen? .....	213
3. Auflösung des Konflikts nach Kollisionsregeln .....	214
4. Ergebnis .....	215
III. § 130 OWiG .....	215
1. Inhaltliche Vorgaben für Maßnahmen des Arbeitgebers .....	216
a) Grundsätzliche Reaktionspflicht .....	216
b) Pflicht zur Ergreifung bestimmter Maßnahmen? .....	218
2. Konfliktsituation zwischen ordnungswidrigkeitsrechtlichem Müssen und	
arbeitsrechtlichem Dürfen? .....	218
3. Ergebnis .....	218
IV. Ergebnis .....	219
B. Typische Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitgebers .....	219
I. „Verwertungsverbot“? .....	219
II. Besonderheiten der Untersuchungskonstellation .....	220
1. Schadensersatzverlangen .....	220
2. Kündigung .....	222
a) Ordentliche Kündigung .....	222
aa) Personenbedingte Kündigung .....	222
bb) Verhaltensbedingte Kündigung .....	223
cc) Betriebsbedingte Kündigung .....	225

b) Außerordentliche Kündigung .....	225
aa) (Drohende) Sanktionen als Aspekt der Interessenabwägung? .....	225
bb) Kündigungserklärungsfrist, § 626 II BGB .....	228
c) Berücksichtigung gesetzeswidriger Weisungen .....	232
aa) Gesetzeswidrige Weisung durch den Arbeitgeber .....	232
bb) Gesetzeswidrige Weisung durch einen Vorgesetzten .....	233
(1) Verschulden des Arbeitnehmers .....	233
(2) Verstoß gegen das Verbot widersprüchlichen Verhaltens .....	234
3. Reaktionsverzicht .....	236
a) Verzicht auf Schadensersatz .....	237
b) Verzicht auf Kündigung .....	240
C. Fazit .....	241

#### 4. Teil

<b>Arbeitsgerichtliche Überprüfung der Arbeitgebermaßnahme</b>	<b>243</b>
--	------------

#### 1. Kapitel

<b>Überprüfung einer auf Beobachtungsergebnisse gestützten Arbeitgebermaßnahme</b>	<b>245</b>
--	------------

A. Die prozessuale Verwertung bei datenschutzrechtlichen Verstößen des Arbeitgebers	245
I. Beweisverwertungsverbot .....	245
1. Voraussetzungen eines Beweisverwertungsverbots im Zivilprozess .....	246
a) Rechtswidrige Beweiserlangung und Schutzzweckbetrachtung bzw. Interessenabwägung .....	246
b) Eigene Grundrechtsverletzung des Gerichts .....	247
c) Stellungnahme .....	248
2. Voraussetzungen eines Beweisverwertungsverbots bei datenschutzrechtswidriger Beweiserlangung nach dem Bundesarbeitsgericht .....	250
a) Erste Stufe: Feststellung eines grundrechtswidrigen vorprozessualen Erkenntnisgewinns .....	251
b) Zweite Stufe: Ausnahmsweise Verwertbarkeit trotz grundrechtswidrigen Erkenntnisgewinns .....	252
aa) Hinzutreten besonderer, über das schlichte Beweisinteresse hinausgehender Aspekte .....	252
bb) Verwertung durch Gericht kein eigener Grundrechtsverstoß .....	256
c) Fazit .....	256
II. Außerdem: Sachvortragsverwertungsverbot .....	257

III. Zusammenfassendes Ergebnis .....	257
B. Die prozessuale Verwertung bei Verstößen des Arbeitgebers gegen Mitbestimmungsrechte .....	258
I. Sonderfall: Beweisverwertungsverbot aus Betriebsvereinbarung? .....	258
II. Beweisverwertungsverbot jenseits entsprechender Betriebsvereinbarung .....	258
1. Lösungsansätze in Rechtsprechung und Schrifttum .....	258
2. Lösung unter Anwendung der allgemeinen Voraussetzungen für ein Beweisverwertungsverbot .....	259
3. Fazit .....	262
III. Zusammenfassendes Ergebnis .....	263

## *2. Kapitel*

<b>Überprüfung einer auf Befragungsinhalte gestützten Arbeitgebermaßnahme</b> .....	<b>264</b>
A. Die prozessuale Verwertung bei Pflichtverstößen des Arbeitgebers .....	264
I. Verstoß gegen datenschutzrechtliche Pflichten .....	264
II. Verstoß gegen Ermöglichung anwaltlichen Beistands .....	265
III. Verstoß gegen Mitbestimmungsrechte .....	266
1. Verstoß gegen § 87 I Nr. 1 BetrVG .....	267
2. Verstoß gegen § 94 I BetrVG .....	268
3. Ergebnis .....	269
B. Die prozessuale Verwertung als Problem der Selbstbelastung .....	269
I. Umfassende Auskunftspflicht in der arbeitsrechtlichen Befragungssituation .....	269
II. Schweigerecht sowie Umgehung und Zweckentfremdung im Arbeitsgerichtsprozess? .....	270
1. Verfassungsrechtlich begründetes Schweigerecht? .....	270
2. Außerdem: Keine Zweckentfremdung .....	272
3. Ergebnis zum Beweisverwertungsverbot .....	272
III. Zusammenfassendes Ergebnis .....	272
C. Die prozessuale Verwertung als allgemeines Problem der Darlegungs- und Beweislastverteilung jenseits der Selbstbelastung .....	273
I. Konflikt zwischen Auskunftsanspruch und Beweislastregeln .....	273
1. Vorüberlegungen zu Beweislastregeln .....	274
a) Begriff .....	274
b) Inhalt .....	275
c) Funktion .....	276
2. Aushebelung der Beweislastregeln infolge der Auskunft .....	277

3. Brisanz der Aushebelung aufgrund besonderer Schutzfunktion . . . . .	277
a) Schutzfunktion von § 1 II 4 KSchG . . . . .	279
b) Schutzfunktion der Beweislast für Kündigungsgrund bei § 626 BGB . .	281
c) Schutzfunktion von § 619a BGB . . . . .	282
d) Zusammenfassung zur Schutzfunktion . . . . .	284
II. Ziel: Wahrung der Schutzfunktion durch Geltungsverschaffung der Beweislastregeln . . . . .	285
III. Methoden der Zielerreichung . . . . .	287
1. Lösung auf materiell-rechtlicher Ebene . . . . .	287
a) Keine Einklagbarkeit des Auskunftsanspruchs . . . . .	287
b) Einschränkung des Auskunftsanspruchs . . . . .	287
aa) Einschränkung der Analogievoraussetzungen des Auskunftsanspruchs aufgrund der Beweislastregeln? . . . . .	288
bb) Einschränkung des Auskunftsanspruchs unter Verweis auf Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts? . . . . .	289
c) Ergebnis . . . . .	290
2. Lösung auf prozessualer Ebene . . . . .	290
a) Darlegungsebene . . . . .	290
aa) Einschränkung der Wahrheitspflicht aus § 138 I ZPO . . . . .	291
bb) Sachvortragsverwertungsverbot . . . . .	292
cc) Teleologische Reduktion von § 138 III ZPO und Beweisverwertungsverbot . . . . .	293
(1) Voraussetzungen einer teleologischen Reduktion im Allgemeinen . . . . .	293
(2) Vorliegen der Voraussetzungen einer teleologischen Reduktion von § 138 III ZPO . . . . .	294
dd) Ergebnis . . . . .	296
b) Beweisebene . . . . .	296
3. Ergebnis . . . . .	298
IV. Kontrollüberlegungen hinsichtlich der Richtigkeit des gefundenen Ergebnisses	300
<b>Schlussbetrachtung . . . . .</b>	<b>302</b>
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>307</b>
<b>Sachwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>332</b>